

Halle und Umgebung.

Halle, den 13. März 1921.

Alarm!

Den Jahrestag des Kampfes, der für unser Vaterland wie insbesondere für unsere Stadt so wichtiges Ansehen brachte, ruft das Organ der eigenen Nation...

Die Mehrzahl unserer Leser werden die fürstliche Entdeckung der 'Hollstein' mit heiterer Gesinnung aufnehmen; sie werden das um so mehr tun, als ja am heutigen Sonntag früh unsere Zeitung ihnen in die Hände kommt...

Zum Bau des Elster-Saale-Kanals.

300 Millionen Mark Bauflohen.

Aus Dresden wird gemeldet: Die sächsische Regierung hat dem Landtag die von uns schon so oft erwähnten einschneidenden Beschlüsse über den Bau des Elster-Saale-Kanals...

Das Wetter der Woche.

Das Vorfrühlingswetter, das bereits in den letzten Februartagen herrschte, ist nach einmütig trübem und regnerischem Wetter nun auch im März wieder zum Durchbruch gekommen...

seihen für einen baldigen Umsturz der Wetterlage ebenfalls nicht vor, und es ist sehr wohl möglich...

Auch in der verangenehten Woche wird die Aufbruchsstimmung in letzter Reihe noch nicht abgeklungen sein...

Verkehrs- und Verjammlungskalender der Deutsch-Demokratischen Partei.

Streikengruppe der D. D. P., Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr: 'Rechen-Abend' im 'Neumarkt'...

Chrenowke Erneuerung.

Herr Konrad Pfaffschied, der Generaldirektor der Anhaltischen Kohlenwerke A.G. in Halle, wurde wegen seiner Verdienste um den Braunkohlebergbau...

Familien-Nachrichten.

Gelesen: Frau Brandt, Gismundsdorf (S.). Verlobte: Käthe Menze - Alfred Schubert, Halle. Gestorben: Schaf, Halle - Franz Wolf, Nietleben.

Bermählte: Walter Burgmann - Friedel Schas, Halle. Christian Grid, Braudorf (S.). Frau Anna Vogt aus Ebert...

Schwarzericht.

Am 29. März 1920 hatte der 19jährige Karl Riehm ein aus Scheidnis mit einem Freunde, der jetzt Fremdenlegation ist, ein Fahrrad gestohlen...

Ein zweites Raubaus unternahm die drei bei dem 72jährigen Rentier Jura in Köllig. Gedrückt brachte ein Rentier den Raub zuwege...

Provinzial-Nachrichten.

Benedenfein, 11. März. (Eine neue Art der Schulgelehrtenbildung hat unsere Gemeinde gefunden. Es soll das Mittelschulkind in der Weite feigegeit werden...

Advertisement for Jacob Stück Nachf. A.G. featuring a bottle of Goldstück beer. Text includes 'MARKE GOLDSTÜCK', 'WEINBRENNEREIEN', 'JACOB STÜCK NACHF. A.G.', 'HANAU/Main', 'GEGRÜNDET 1826'.

Berliner Fondsbörse vom 12. März.

Die Börse beurteilt am Wochenschluss die allgemeine politische Lage recht günstig, da einmal außerordentlich Amerika sich nicht auf belagerte Stellung begeben hat...

sucht auf die anderen Werte zurecht, die durchschnittlich zwischen 3 und 8 pCt. anziehen konnten. Von sonstigen Indusriefaktoren herrsche vor allem Nachfrage für Zellulose Waldhof und Gebr. Böhrer...

Oesterreicher und Ungarn behauptet. Die sogenannten Valutawerte leicht nachgebend. Der Kassamarkt für Industriepapiere setzte unter Bewusstseinswerte eine gute Tendenz.

Kurszeitung der Berliner Börse vom 12. März.

Die Zahlen vor den Kursen bedeuten bei den Futures den Zinssatz für den Abtrieb des Zinssatzes...

Table with columns: Deutsche Anleihen, Ausländische Anleihen, and various bond types like Rente, Hypothek, etc.

Table for Prussische Pfandbriefe (Prussian Mortgage Bonds).

Table for Industrie Obligationen (Industrial Obligations).

Table for Främen-Anleihen (Foreign Loans).

Table for Hypothek. Pfdb. (Mortgage Bonds).

Table for Deutsche Eisen.-Akt. (German Iron Stocks).

Table for Kleinbahn-Akt. (Narrow Gauge Railway Stocks).

Table for Stadtanleihen (Municipal Bonds).

Table for Schiffahrts-Akt. (Shipping Stocks).

Table for Bank-Aktion. (Bank Stocks).

Table for various other stocks and bonds.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Table with columns: Heut. Wert, Gest. Wert, and various stock symbols.

Unternehmens- und Leitungsstellen in der Anbahn

urn:nbn:de:gbv:3-1-848334-1-19210313025/fragment/page=0004

Kein Ausfall für die Arbeitslosen.

Das Reichsarbeitsministerium hat, wie uns mitgeteilt wird, Vorlog: getroffen, daß Erwerbslose, die zur Abstinenz nach Oberkochen reisen, die Erwerbslosenunterstützung durch die bisher zuständige Gemeinde unter Verzicht auf die Kontrolle während der Dauer der erforderlichen Abwesenheit, und zwar nach vorläufiger, vorzuschweifen, erhalten.

Ein Geschenkwurf gegen die Organisation des Selbstschutzes.

Wie die „Dema“ von unterrichteter Seite hört, ist ein Geschenkwurf über das Verbot von Selbstschutzorganisationen in Vorbereitung. Die in Nachsicht des Friedensvertrags seitens der deutschen Regierung bisher erlassenen Bestimmungen über die Unzulässigkeit von Vereinigungen, die mit Dingen militärischen Charakters sich befassen, sind nach Aufhebung der Militärstrafgesetze, um die in den Art. 177 und 178 des Friedensvertrags niedergelegten Verbote in vollem Umfange zu verwirklichen. Daher ist verlangt worden, daß bis zum 15. März d. J. in dieser Beziehung verfaßte gesetzliche Aufgebote fertiggestellt werden. Dem Verlangen ist durch den aufgeführten Geschenkwurf Rechnung getragen worden. Er verbietet nochmals Vereinigungen, Selbstschutzorganisationen und sonstige Vereinigungen, deren Mitglieder im Waffengebrauch geübt werden, und die sich mit Angelegenheiten befassen, die auf eine Mobilmachung hinführen. Der Regierung ist hauptsächlich darum zu tun, daß eine einheitliche Anwendung der bestehenden Vorschriften verbürgt wird. Zu diesem Zwecke werden die Reichsminister des Innern oder entsprechende Kommissare ermächtigt, die notwendig erscheinenden Anordnungen zu treffen. Auch wird ein vom Reichstag gewählter Beirat von 15 Personen bestellt, dessen Zustimmung bei grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen ist. Das Verbot einer Vereinigung soll für das ganze Reichsgebiet wirksam sein und alle Bestimmungen der Vereinigung sowie neue Bestimmungen erlöschen, die sich nachträglich der verbotenen darbieten. Strenge Strafbestimmungen gegen Zuwiderhandlungen sind vorgesehen.

Protest des bayrischen Ministerrats.

Wie die „Münchener Zeitung“ hört, hat der Ministerrat gestern beschloffen, gegen das Vorhaben der bayrischen Regierung in Sachen der Einwohnerwehren in paritätischer Form zu protestieren. Die bayrische Volkspartei hat ihrerseits beschloffen, sofort aus der Regierungskoalition im Reich auszuscheiden, und hat dem Zentrum im Reich gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß an die von diesem angeforderte Wiederbereinigung in absehbarer Zeit nicht mehr zu denken sei, wenn das Zentrum das Vorhaben der Reichsregierung weiter mitmache. Dr. Helm hat sich nach Berlin begeben. Weiter vernimmt das Blatt, der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei, Abgeordneter Dr. Dier, habe sich noch am Freitagabend nach Berlin begeben, um in der Angelegenheit des Geschenkwurfs über die Einmischung der Selbstschutzorganisationen mit der Reichstagsfraktion Rücksprache zu nehmen. Aus allem, was man bisher über den Stand der Angelegenheit erfahren habe, sowie die Koalitionsparteien und die bayrische Staatsregierung in Betracht kämen, gehe hervor, daß die Koalition sowohl mit der Staatsregierung auf dem Standpunkt der bayrischen Note vom 8. Februar stehe.

Das Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher“.

Im Hauptauschuß des Reichstags erklärte G. Stöckert der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums auf eine Anfrage nach dem Stand der Aburteilung der „Kriegsverbrecher“, die Verhandlungen in London und Paris hätten zu dem Ergebnis geführt, daß die englischen und belgischen Zeugen nach Möglichkeit vor dem Reichsgericht in Leipzig bei der Verhandlung der Strafprozesse erscheinen sollten. Soweit dies wegen einer Wignierung einzelner Zeugen nicht ausführbar sein sollte, würden ebendiese Berechnungen der Zeugen vor dem englischen und belgischen Richter stattfinden. Nach möglichem Recht würde auch eine Anwesenheit von Vertretern der deutschen Prozessparteien bei den Berechnungen statthaft sein. Nach dem belgischen Prozessrecht sei dies unzulässig. Was den augenblicklichen Stand der beim Reichsgericht schwebenden Verurteilungen anlangt, so sei in einer Strafsache die Angelegenheit erhoben, in mehreren anderen Händen der

Abklärung der Unterstellungen unmittelbar bevor. Es würden noch Hauptverhandlungen im Laufe von einigen Wochen stattfinden. Eine Verurteilung der beim Reichsgericht durch einen Verurteilten werde auch durch die neuesten politischen Ereignisse nicht eintreten.

Die Verfassung von Thüringen

wurde im schließlichen Landtag endgültig angenommen. Aus diesem Antrag brachte die Regierung einen Amittelschickenswurf ein für politische und parlamentarische Fragen. In den Bearbeiter des Verfassungsentwurfs, Professor Roloff, in Jena wurde vom Landtag und der Regierung ein Dankschreiben abgelesen.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Von parlamentarischer Seite hören wir folgendes: Die Bildung der Regierung erfolgt verfassungsgemäß im Reich und in Preußen auf Verlangen des Reiches. Während im Reich der Reichspräsident den Ministerpräsidenten auswählt und ihn mit der Bildung des Kabinetts beauftragt, wird in Preußen der Ministerpräsident, der dann sein Kabinett zu bilden hat, vom Landtag gewählt. Es ist nicht, wie man Kabinettspräsidenten zunächst beauftragt, sondern der Reichspräsident hat die Hände des Reichspräsidenten zu bilden. Die Preussische Verfassung geht dem gegenüber offenbar davon aus, daß der Landtag den Ministerpräsidenten erst dann wählen soll, wenn es festgestellt ist, daß die Bildung einer tragfähigen Regierung unter dem in Aussicht genommenen Ministerpräsidenten gelingt. Das ist jedenfalls die Auffassung der bisherigen Regierungsparteien in Preußen. Daraus erklärt es sich, daß die Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag nicht von heute auf morgen erfolgen kann, weil das von den Reichsparteien aus offenkundig politischen Gründen beantragt wurde. Es ist nicht abzusehen, daß die schließliche Bildung einer neuen Regierung in Preußen eine dringende Notwendigkeit ist. Die demokratische Fraktion trägt denfalls darauf, daß dem gegenwärtigen unerfüllten Schwebzustand so schnell als irgend möglich ein Ende gemacht wird. Die Initiative dabei liegt nicht bei den bisherigen Regierungsparteien in ihrer Gesamtheit, sondern bei den stärksten Fraktionen des Abgeordnetenhauses. Sie tragen in erster Linie vor dem Volke die Verpflichtung, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden und die schließliche Bildung der Regierung zu bewerkstelligen. Die demokratische Fraktion selbst die gebotene Zurückhaltung ist. Die demokratische Partei ist bisher im Reich und in Preußen unter Nichtachtung ihrer eigenen Interessen nicht in die Freie gestiegen. Die Verantwortlichkeit für diese Selbstauflösung liegt nicht das genügende Verständnis gezeigt und womöglich noch der Vorwurf erhoben, daß die demokratische Partei sich nach der Wählung der Ministerpräsidenten geradezu dränge. Das ist durchaus nicht der Fall und es kann ganz offen gesagt werden, daß die demokratische Partei, wenn sie dem Reich vorlegen, unter allen Umständen ein neues preussisches Kabinett zu bilden. Sehr im Gegensatz dazu können es die Demokratischen anstehenden, erwarten, so schnell wie möglich an die Regierung, wie sie es im umgekehrten Falle tun würden, heranzuführen. In einem etwas vorläufigen Schrittelab sind die demokratische Partei, daß die Ministerpräsidenten die Bildung einer Einheitsregierung verfolge, und gleichzeitig die demokratischen Parteien eingeladen, mit ihnen den Demokratischen zusammen eine logische bürgerliche Regierung zu bilden. Das Zentrum hat ihnen bereits auf diesen Vorschlag eine Abgabe erteilt, und die Antwort der Demokraten wird sicherlich anders lauten.

Die Entwicklung der Dinge in Preußen wird abhängen von den Vorgängen im Reich. Es ist möglich anzunehmen, daß die Demokratie in Zukunft im Reich und in Preußen sich an verschiedenen zusammengehörigen Koalitionen beteiligen werden. Die erste Lage im Reich läßt die Verbreitung der dortigen Regierungskoalition durch Aufnahme der Reichsparteien demokratisch als eine national-notwendige erscheinen. Wenn sich die Reichsparteien demokratisch als eine parteiübergreifende Bewegung, weil sie es nämlich nicht als angestrebt empfindet, mit der Deutschen Volkspartei, der Partei des Herrn Sinnes in einer Regierung zu sitzen, die national-national notwendig ist, entsetzt. So trägt sie für die Verantwortung bei der Regierungsbildung in Preußen die Verantwortung und sie wird sich ausfinden, wenn sie darauf hofft, daß die demokratische Partei es erträglich findet, daß die stärkste Partei der beiden im Parlament dauernd Parteiaktivität treibt, hat Staatspolitik.

Preussischer Landtag.

Sitzung am Sonnabend, den 12. März.

Präsident Seiner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Auf der Tagesordnung stehen lediglich Anträge auf Abhebung von Strafbefehlen gegen die Hbba-Freund, Ansbach, Frau Wessling, Schöten, Dr. Meier. Es entspann sich eine längere Debatte. Das Haus beschloß, die von Wessling, die Witten anzuheben. Bei den übrigen Anträgen wird Abg. Neppel (D. Wpl.) den Kommunisten vor, daß sie hier sehr selbstfertig gehandelt und nicht den geringsten Nachweis erbracht hätten. (Lachen bei den Komm.) Der Antrag so lange aus der Haft zu entlassen, bis der Fall richtig gestellt ist. Dieser Antrag wird unter Beifall der Kommunisten abgelehnt.

Präsident Seiner schließt dann vor, die nächste Sitzung am 7. April abzuhalten und ihm die Ermächtigung zu erteilen, die Tagesordnung festzusetzen.

Abg. Hoffmann (Komm.) beantragt, am Montag nach einer Sitzung abzuhalten mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten resp. die Erklärung des Staatsministeriums.

Abg. Meier (Komm.) begründet den Antrag unter großer Anwesenheit des Hauses und empfiehlt die Akzeptation (Lachen).

Abg. Dr. v. Kranke: Den Vorschlag, das Haus bis zum 7. April zu vertagen, können wir angesichts der politischen Lage nicht annehmen. Wir wären uns nicht nach vier Wochen ausfinden.

Abg. v. d. Osten (Dn.): Auch wir haben gegen diese lange Vertagung die schwersten Bedenken, namentlich das wir den Ministerpräsidenten neu wählen müssen. (Beifall rechts.)

Abg. Hübner (L. C.): Wir wünschen eine Sitzung am 22. März. Präsident Seiner: Es empfiehlt sich nicht, den Landtag vor dem 1. April zusammenzutreten zu lassen.

Abg. Stiering (Soz.) beantragt, den Präsidenten zu ermächtigen, das Haus bis spätestens zum 7. April einzuberufen. In der Abstimmung wurden die Anträge Meier und Ludwigs abgelehnt.

Das Haus beschloß nach dem Vorschlag des Präsidenten und des Abgeordneten Stiering.

Schluß nach 1 Uhr nachmittags.

Deutsches Reich.

Der Reichstag erteilt dem Entwurf des Haushalts des Reichsfinanzministeriums für die Rechnungsjahre 1920 und 1921 die Zustimmung. Im allgemeinen ist der Inhalt in der Kommission fast unangetastet geblieben. Nur zum Ausbau der Volkswirtschaften sind drei Millionen mehr, als in dem ursprünglichen Entwurf, eingestellt worden. Für diesen Zweck fordert der Haushalt somit den Betrag von 33 481 000 Mk.

Reichslokals. Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums im Hauptauschuß des Reichstags erklärte der Reichsfinanzminister, daß das auf Grund der von dem deutschen Nationalen Abgeordneten v. d. Reickhoff gegen Staatssekretär Fick erhobenen Bedenken eingeleitete Disziplinärverfahren hinsichtlich der auf Grund eingehender Erhebungen eingeleitet worden ist.

Der neue österreichische Gesandte in Berlin. Wie die „Dema“ von zuständiger Stelle erfährt, hat die Reichsregierung der Ernennung Dr. von Ribb, bisher Sektionschef im österreichischen Handelsministerium, zum Gesandten der Republik Österreich in Berlin ihre Zustimmung erteilt. Dr. Ribb, der seine ausgesprochen parteipolitische Persönlichkeit nicht gering in seiner Heimat den Ruf als einer der ersten Wirtschaftsführer Österreichs.

Auslands-Rundschau.

Brandigung des Streitens Panama-Costa Rica. Die Madrider Zeitungen veröffentlichen folgendes Telegramm aus Panama: Die Streitigkeiten zwischen den Truppen von Costa Rica und Panama wurden dank der Vermittlung der vereinigten Staaten eingestellt. Die beiden Partien halten ihre Ausgangsstellungen. Der Streitfall wird dem Völkerbund unterbreitet werden.

Infolge der letzten Unruhen in Italien hat die Postzeit eine erhebliche Anzahl von Ausländern verloren. In Neapel wurde ein Italiener verhaftet, der in der Angelegenheit des Grafen Karolyn verwickelt sein soll. In Osnabrück wurde ein 20 Ausländer festgenommen; unter ihnen befinden sich 6 Deutsche.

GDA
NAG Lastragen Personennwagen
HANJA-LOYD Lieferwagen Personennwagen
BRENNABOR Personennwagen
 GEMEINSCHAFT DEUTSCHER AUTOMOBILFABRIKEN G.M.B.H.
 BERLIN NW 7
 (N.A.G. - HANJA-LOYD - BRENNABOR)
 „GDA“ Vertretung: Hansa-Lloyd Motorflug-Vertrieb, W. Koppen, Halle a. S., Magdeburgerstrasse 60.

